

Die CDU ist die Partei der Freiheit und Einheit

Leitlinien zur Deutschlandpolitik

● Beschuß
des Bundesausschusses
der CDU in Berlin
am 11. Dezember 1989

I. Freiheit und Einheit

Die Kraft der Freiheit bewegt die Menschen und verändert die Staaten. Der Aufbruch, den wir heute in der DDR erleben, ist vor allem das Verdienst freiheitsbewußter Menschen. Mit ihrem kraftvollen und friedlichen Eintreten für Menschenrechte, Selbstbestimmung und Gerechtigkeit erkämpfen sie sich Freiheit von Bevormundung, Angst und Lähmung. Ihnen gehört unsere Bewunderung, und wir unterstützen sie.

In diesen Tagen wird durch die Bevölkerung der DDR in einer friedlichen Revolution verwirklicht, wofür sich seit 1945 die CDU in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone eingesetzt hat. Unter ihren Vorsitzenden Andreas Hermes und Walther Schreiber, Jakob Kaiser und Ernst Lemmer hat sie für die Errichtung einer freiheitlichen Demokratie gekämpft, bis die damalige sowjetische Militärauthorität jegliche demokratische Arbeit unmöglich machte und der SED half, ihren politischen Führungsanspruch zu entwickeln und durchzusetzen.

**Die CDU war und ist die Partei der Freiheit und Einheit.
Freiheit ist die Voraussetzung für Frieden und Wohlstand.
Freiheit war und ist die Bedingung für die Einheit Deutschlands.
Die CDU kämpft für die Wiedervereinigung, für die
Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands.**

Die CDU war und ist die Europapartei, sie war und ist die Partei der deutschen Einheit in Freiheit. Wir haben mit unserer von Konrad Adenauer begründeten Politik der festen Einbindung in die Wertegemeinschaft freiheitlicher Demokratien die Grundlagen für eine aktive und erfolgreiche Deutschlandpolitik geschaffen. Das Eintreten der CDU für die Geschlossenheit und Standfestigkeit der Atlantischen Allianz in der schweren Bewährungsprobe des Jahres 1983 hat sich ausgezahlt. Mit unserem erfolgreichen Engagement für die wirtschaftliche und politische Integration haben wir entscheidend zur Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaft beigetragen. Der Politik der CDU sind die europäischen Rahmenbedingungen zu verdanken, in denen deutsche Einheit in Freiheit Wirklichkeit werden kann. Die Vision von einem freien und geeinten Europa übt Anziehungskraft weit über die Gemeinschaft hinaus aus.

Eine wesentliche Voraussetzung der jüngsten dramatischen Entwicklung in der DDR war die konsequente Politik der CDU für den Zusammenhalt unserer Nation. Sie hat auch in schwierigen Zeiten das Bewußtsein für die Einheit der Nation

wachgehalten und geschärft und das
Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen vertieft. Unser
Festhalten an der einen deutschen Staatsangehörigkeit war
Voraussetzung dafür, daß für unsere Landsleute in der DDR die
Freizügigkeit gewonnen werden konnte. Unsere Politik gründet
auf der Überzeugung: „Wir sind ein Volk.“

Die CDU bekräftigt erneut, was sie auf dem Wiesbadener Parteitag vom Juni 1988 erklärt hat: „Diese aktive Deutschlandpolitik stärkt das Bewußtsein der Deutschen, ein Volk zu sein und einer Nation anzugehören und fördert die Voraussetzungen zur Wiedergewinnung der deutschen Einheit. Die CDU wird auch in Zukunft eine aktive Deutschlandpolitik verfolgen, deren Fundament der Einsatz für das Selbstbestimmungsrecht und die Menschenrechte ist, um jede vernünftige Chance zur Überwindung der Teilung Deutschlands zu nutzen.“

Die gegenwärtige Entwicklung bestätigt unser beharrliches Eintreten für die Freiheit und Einheit Deutschlands und Europas über 40 Jahre.

II. Freie, gleiche und geheime Wahlen in der DDR

Heute stehen wir am Beginn eines neuen Abschnitts der europäischen und der deutschen Geschichte — eines Abschnitts, der über den Status quo, über die bisherigen politischen Strukturen in Europa hinausweist.

Die Veränderungen in der DDR und in anderen Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas haben vielfältige Ursachen. Dazu zählen die Reformpolitik von Generalsekretär Gorbatschow im Innern der Sowjetunion und das neue Denken in der sowjetischen Außenpolitik ebenso wie die tiefgreifenden Reformen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Polen und Ungarn. Die CDU begrüßt diesen Reformprozeß ausdrücklich.

Dieser Wandel ist zuallererst ein Werk der Menschen, die auf der Gewährung von Freiheit bestehen, auf der Achtung ihrer Menschenrechte und auf dem Recht, über ihre Zukunft selbst zu bestimmen. Aber richtig ist auch: Wir haben mit unserem klaren Kurs in der Atlantischen Allianz und in der Europäischen Gemeinschaft den Reformbewegungen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa den Rücken gestärkt.

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands unterstützt nachdrücklich das 10-Punkte-Programm zur deutschen Einheit, das Bundeskanzler Helmut Kohl am 28. November 1989 vor dem Deutschen Bundestag vorgestellt hat. Mit diesem Konzept wollen wir unsere erfolgreiche Politik für Deutschland konsequent fortsetzen und möglichst bald ein einiges Deutschland in einem einigen Europa schaffen.

Wir begrüßen die Angebote zu Hilfe und Zusammenarbeit und die Vorschläge für ein Zusammenwachsen der beiden Staaten in Deutschland bis hin zur Einheit in einer bundesstaatlichen Ordnung.

Die CDU unterstützt alle Maßnahmen, die für sofortige Hilfe in der jetzigen Situation im humanitären Bereich, etwa bei der medizinischen Versorgung, und zur Lösung des Devisenproblems notwendig sind.

Sie begrüßt nachdrücklich die jetzt vereinbarte Abschaffung des Mindestumtausches und die Visa-Freiheit im innerdeutschen Reiseverkehr in beide Richtungen. Die CDU beglückwünscht die Bundesregierung zu diesem Erfolg: Dies ist ein historischer Durchbruch für das Zusammenwachsen Deutschlands und für die Überwindung der Insellage Berlins.

Die CDU will verstärkte Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, wissenschaftlich-technologischem und kulturellem Gebiet, die den Menschen auf beiden Seiten unmittelbar zugute kommt. Besonders wichtig sind verstärkte Anstrengungen für den Umweltschutz, für einen raschen Ausbau der Telefonverbindungen und im Bereich der Verkehrswägen.

Die CDU tritt darüber hinaus dafür ein, unsere Hilfe und unsere Zusammenarbeit umfassend auszuweiten, wenn ein grundlegender Wandel des politischen Systems in der DDR unumkehrbar in Gang gesetzt ist. Dies ist gewährleistet, wenn sich die DDR-Staatsführung mit den Oppositionsgruppen auf die notwendigen Verfassungsänderungen und auf ein neues Wahlgesetz verständigt.

Die CDU fordert freie, gleiche und geheime Wahlen in der DDR unter Beteiligung unabhängiger, auch nichtsozialistischer Parteien. Es müssen rechtsstaatliche Verhältnisse eingeführt werden. Wir fordern die Abschaffung des politischen Strafrechts und die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen, die Aufhebung der rechtswidrigen Strafurteile und die Rehabilitierung der Verurteilten.

Wirtschaftliche Hilfe kann auf Dauer nur dann erfolgreich sein und tiefgreifend wirken, wenn grundlegende Reformen des Wirtschaftssystems erfolgen. Die bürokratische Planwirtschaft muß abgebaut werden.

Wirtschaftlichen Aufschwung kann es nur geben, wenn sich die DDR für westliche Investitionen öffnet, marktwirtschaftliche Bedingungen schafft und privatwirtschaftliche Betätigungen ermöglicht.

Die CDU hat in der Bundesrepublik Deutschland mit der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft den Grundstein für eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung gelegt, die zu einem in der deutschen Geschichte beispiellosen Maß an Wohlstand und sozialer Sicherheit geführt hat und auch die besten Voraussetzungen für wirksamen Umweltschutz bietet. Wir sind überzeugt, daß diese erprobte und bewährte Ordnung auch den Menschen in der DDR den Weg in wirtschaftliche Freiheit, in Wohlstand, soziale Sicherheit und in eine gesündere Umwelt eröffnen könnte.

Die Ausgestaltung einer Vertragsgemeinschaft mit der DDR kann eine immer engere Zusammenarbeit auch institutionell absichern. Gemeinsame Kommissionen, insbesondere für die Bereiche Wirtschaft, Verkehr, Umweltschutz, Wissenschaft und Technik, Gesundheit und Kultur sollten geschaffen und ausgebaut werden. Regierungskommissionen sollten ergänzt werden durch gemeinsame Institutionen mit Vertretern von Ländern und Kommunen und allen interessierten gesellschaftlichen Gruppen.

Berlin muß in die Zusammenarbeit uneingeschränkt einbezogen sein. Die CDU begrüßt alle Vorhaben, die dem Zusammenwachsen und der Einheit der Stadt dienen und so auch zum Zusammenhalt der Nation beitragen. Berlin macht besonders deutlich, daß die Zweistaatlichkeit auf Dauer unlösbare Probleme hervorruft und das Zusammenwachsen Deutschlands notwendig ist.

III. Freie Selbstbestimmung

Die CDU legt großen Wert darauf, daß sich die Menschen in Deutschland begegnen. Deshalb begrüßt sie Partnerschaften zwischen Bundesländern und Bezirken in der DDR und spricht sich dafür aus, Partnerschaften zwischen Städten, Gemeinden und Landkreisen auszubauen und neu zu vereinbaren.

Die CDU legt großen Wert auf Kontakte und Zusammenarbeit mit Gruppen und Parteien, die für Freiheit, Menschenrechte und Selbstbestimmung eintreten und eine grundlegende Erneuerung fordern. Ihre Auffassungen, Stellungnahmen und Empfehlungen sind für uns von hoher Bedeutung.

Die CDU wird jede Entscheidung, die die Menschen in der DDR in freier Selbstbestimmung treffen, selbstverständlich respektieren.

Das Angebot des Bundeskanzlers, konföderative Strukturen zwischen beiden Staaten in Deutschland zu entwickeln mit dem Ziel, eine Föderation, das heißt eine bundesstaatliche Ordnung in Deutschland zu schaffen, ist realistisch und zukunftsweisend. Die Verwirklichung setzt zwingend eine demokratisch legitimierte Regierung in der DDR voraus.

Nach freien Wahlen sollten umgehend ein gemeinsamer Regierungsausschuß zur ständigen Konsultation und politischen Abstimmung, gemeinsame Fachausschüsse sowie ein gemeinsames parlamentarisches Gremium gebildet werden.

Stufenweise können so neue Formen institutioneller Zusammenarbeit entstehen und ausgeweitet werden. Dies könnte auch einen vertraglich ausgestalteten Wirtschaftsverbund umfassen. Ein solches Zusammenwachsen liegt in der Kontinuität der deutschen Geschichte.

IV. Die Europäische Gemeinschaft hat einen gesamteuropäischen Auftrag

Den Prozeß der Wiedergewinnung der deutschen Einheit verstehen wir als nationales und europäisches Anliegen. Die europäische Integration muß mit dem Ziel einer Europäischen Union energisch vorangetrieben werden und gleichzeitig muß sich die Europäische Gemeinschaft für eine demokratische DDR und für andere demokratische Staaten Mittel- und Südosteuropas offenhalten.

Die Europäische Gemeinschaft muß den Reformprozeß in den Reformstaaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas und insbesondere in der DDR aktiv unterstützen. Die CDU begrüßt die beim Straßburger Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft gefaßten Beschlüsse als wichtigen ersten Schritt in diese Richtung.

Wir befürworten den baldigen Abschluß eines Handels- und Kooperationsabkommens mit der DDR, das den Zugang der DDR zum Gemeinsamen Markt — auch in der Perspektive 1992 — erweitert und absichert.

Für die Zukunft sind Formen der Assoziation zu entwickeln, die die Volkswirtschaft der DDR und die Volkswirtschaften der reformorientierten Staaten Mittel- und Südosteuropas an die EG heranführen und damit das wirtschaftliche und soziale Gefälle auf unserem Kontinent abbauen helfen.

Die CDU spricht sich dafür aus, daß die DDR — ebenso wie die Reformstaaten Mittel- und Südosteuropas — dem Europarat und insbesondere auch der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten beitritt, sobald sie die dafür erforderlichen Voraussetzungen erfüllt.

In diesem Sinne kann die Europäische Gemeinschaft Grundlage einer wirklich umfassenden europäischen Einigung werden. Und nur durch fortschreitende Integration kann sie ihre Anziehungs- und Ausstrahlungskraft stärken. Es ist der gesamteuropäische Auftrag der Europäischen Gemeinschaft, die Identität aller Europäer zu wahren, zu behaupten und zu entwickeln. Die Identität Europas besteht nicht nur in der kulturellen Vielfalt Europas, sondern ist auch und vor allem in den Grundwerten von Freiheit, Demokratie, Menschenrechten und Selbstbestimmung begründet.

V. Europäische Friedensordnung

Es ist ein großer politischer Erfolg des Bundeskanzlers, daß die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft auf ihrem Straßburger Gipfeltreffen zum ersten Mal das Recht der Deutschen auf „Einheit durch freie Selbstbestimmung“ anerkannt haben. Die CDU sieht durch diese Erklärung ihre Deutschlandpolitik und das Zehn-Punkte-Programm des Bundeskanzlers bestätigt.

Die Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen bleibt eingebettet in den gesamteuropäischen Prozeß und in die West-Ost-Beziehungen. Die künftige Architektur Deutschlands muß sich einfügen in die künftige Architektur Gesamteuropas. Hierfür hat der Westen mit seinem Konzept der dauerhaften und gerechten europäischen Friedensordnung Schirmacherdienste geleistet.

Der KSZE-Prozeß ist und bleibt ein wichtiges Element dieser gesamteuropäischen Architektur und muß weiter vorangetrieben werden. Dazu müssen die bevorstehenden KSZE-Foren genutzt werden.

Dort sollten wir auch über neue institutionelle Formen der gesamteuropäischen Zusammenarbeit nachdenken. Die CDU würde eine gemeinsame Institution zur Koordinierung der West-Ost-Wirtschaftszusammenarbeit sowie die Einrichtung eines gesamteuropäischen Umweltrates begrüßen.

Die Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas erfordert weitreichende und baldige Vereinbarungen in der Abrüstung und Rüstungskontrolle. Diese müssen mit der

politischen Entwicklung Schritt halten und möglichst beschleunigt werden. Dazu gehört auch die Entwicklung übergreifender Sicherheitsstrukturen in Europa.

Nicht Freiheit schafft Instabilität, sondern deren Unterdrückung. Mehr Freiheit in Europa ist ein Zugewinn an Stabilität und Sicherheit.

VI. Wiedervereinigung bleibt das Ziel

Mit dieser umfassenden Politik wirken wir auf einen Zustand des Friedens in Europa hin, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangen kann. Nur miteinander und in einem Klima des wechselseitigen Vertrauens können wir die Teilung Deutschlands und Europas friedlich überwinden. Wir brauchen auf allen Seiten Besonnenheit, Vernunft und Augenmaß, damit die jetzt begonnene Entwicklung stetig, friedlich und im allseitigen Interesse verläuft.

Die Wiedervereinigung, das heißt die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands, bleibt das politische Ziel der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.